Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 452. - - - - - Phone 657.

2. Jahrgang. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 14. April 1909. No. 25

Deutschland und Canada.

Vor ein paar Tagen wurde gemeldet, daß, wie andere britische Kolonien, auch Canada dem Mutterland in dessen „Not vor der Deutschen Gefahr" ein Schlachtschiff angeboten habe. Diese Meldung wurde mit dem Zorn der Canadier gegen Deutschland verbrämt und dieser Zorn auf das seit über zehn Jahren bestehende ungemütliche handelspolitische Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Dominion zurückgeführt. Das war vor ein paar Tagen, und nun kommt von Berlin die Nachricht, daß die Beendigung des deutsch-canadischen Zollkriegs bevorstehe. Die Verhandlungen, so heißt es, schreiten in zufriedenstellender Weise fort und dürfte bei dem von beiden Seiten bekundeten Entgegenkommen einer definitiven Vereinbarung nichts mehr im Wege stehen.

Als im Juni des Jahres 1897, gelegentlich der Londoner Jubiläumsfestlichkeiten, Sir Wilfrid Laurier, der canadische Premierminister, dem englischen Kolonialminister Chamberlain den Vorschlag machte, zwischen der Kolonie und dem Mutterland eine Art von Handelsvertrag abzuschließen, da ließ sich der schlaue „Joe" nicht lange nötigen. Paßte doch ein solcher Vertrag vorzüglich in seine gesamte, auf einen Zollverein hinauslaufende imperialistische Politik. Die Aera dieser neuen imperialistischen Politik begann damit, daß schon am 30. Juli 1897 der seit 1865 zwischen England (inkl. Canada u. s. w.) und Deutschland bestehende Handelsvertrag gekündigt wurde, um für England und Canada freie Bahn zu schaffen. Canada bewilligte Anfangs 25 Prozent und vom Juli 1900 ab 33⅓ Prozent Zollrabatt auf alle von England kommenden englischen Produkte, mit Ausnahme von Wein, Bier, Spirituosen, Tabak, Cigarren und Cigaretten, welche Artikel einem speziellen Revenuetarif unterlagen. Als dann Canada sich weigerte, der deutschen Einfuhr in gleicher Weise wie der englischen den Zollrabatt zu gewähren, belegte man in Deutschland die canadischen Produkte mit dem Maximaltarif; Canada war für Deutschland aus der Reihe der meistbegünstigten Nationen gestrichen worden. In Canada wie in England war man entrüstet und drohte. Man stellte sich auf den, unter den obwaltenden Verhältnissen durchaus illegalen Standpunkt, daß irgend welche Vorteile, die eine britische Kolonie dem Mutterland oder vice versa gewähre, das Ausland absolut nichts angehen, da dies eine häusliche Affaire bilde, in die Niemand dreinzureden habe. Deutschland aber ließ sich weder durch die Entrüstung erweichen, noch durch Drohungen einschüchtern. Seitdem ist das handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und Canada ein ungemütliches gewesen.

Ungemütlich im Grunde besonders für Deutschland. Die deutsche Ausfuhr nach Canada übertrifft die Einfuhr von dort um bedeutendes. Die Maximal-Tarife Deutschlands richtete sich indessen vornehmlich gegen die Gefahr, daß auch Südafrika, Australien und Neuseeland dem Beispiel Canadas folgen könnten. Deutschland zog lediglich die Konsequenzen daraus, daß Canada die deutsche Einfuhr ungünstiger behandelte, wie die englische.

Canada selbst hat aus dem England gewährten Vorzugstarif wenig Vorteil gezogen. Man kann wohl sagen, daß Laurier damals in der Jubiläumsstimmung von Chamberlain arg über's Ohr gehauen worden ist; eine substantielle Gegenleistung hat Canada bis auf den heutigen Tag nicht erhalten. Dazu kommt, daß Canada wirtschaftlich stärker geworden und mit seinen zunehmenden Getreideexport-Möglichkeiten mehr als früher auf Deutschland angewiesen ist.

So wäre das Ende des Zollkriegs im Interesse beider Parteien. Canada mag dem Mutterland Schiffe bauen, aber die Sicherung des eigenen wirtschaftlichen Vorteils liegt der Dominion näher, als die „Deutsche Gefahr" für das Mutterland.

Diesen Artikel der New Yorker Staatszeitung müssen wir dahin berichtigen, daß Canada dem Mutterlande kein Schlachtschiff angeboten hat. Canada hat den Standpunkt eingenommen, bei dem alten Kurs zu bleiben und die heimischen Verteidigungskräfte systematisch auszubauen. Sie will nach und nach eine eigene Flotte schaffen. Unsere Meinung ist allerdings die, daß Canada keine Kriegsflotte benötigt. Wenn aber schon gebaut werden soll, dann ist es besser, für sich selbst zu bauen, als Großbritannien ein 10 Millionenschiff zu schenken. Das paßt auch besser in die Entwicklung des Landes und Volkes zu einer selbständigen Nation. Dasselbe Moment käme zum Vorschein, wenn Canada mit dem Deutschen Reich zu einem vernünftigen Handelsvertrag käme. Ein solcher würde gewiß für Canada und dem Deutschen Reich vor größtem wirtschaftlichem Nutzen sein, während der Vorzugszoll, den Großbritannien jetzt genießt, indirekt bedeutend an Wert verlieren würde, d. h. für Großbritannien.

Hoffentlich sind die Verhandlungen recht bald von Erfolg gekrönt. Wir Deutschen in Canada — besser Deutsch-Canadier — würden uns ganz besonders freuen. Die Canadier und die Deutschen haben sich lange genug wirtschaftlich „in den Haaren gelegen" und das hat natürlich nicht zu unserm Ansehen und unserer Beliebtheit hier in Canada beigetragen.

Aus dem Dominion-Parlament.

Noch vor Vertagung für die Osterferien bewilligte das Haus alle Geldverwilligungen für die gegenwärtige Sitzung des Hauses in der Höhe von 15 Millionen Dollars. Bei der Debatte über die 10 Millionen Anleihe der Grand Trunk ließ sich der auch hier im Westen ja durch seine Laternentour bekannt gewordene Ames hören. Er sagte, es sei falsch, wenn man annehme, daß die Konservativen gegen die Anleihe seien. Aber sie hätten das Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, daß keine Gelder beim Bau der Grand Trunk verschwendet würden. Es sei doch höchst sonderbar, daß die Baukosten der Prärieſektion auf 18,000 bis 20,000 Dollars pro Meile veranschlagt seien, aber jetzt tatsächlich volle 35,000 Dollars per Meile betrügen. Canada dürfe sich nicht zu viele und hohe Verpflichtungen und Schulden aufladen, sonst müßte es in Zukunft noch höhere Zinsen für seine Anleihen bezahlen. Trotzdem aber wer es, das sollte man bei diesen Reden nicht vergessen, die Opposition, die seinerzeit die Resolution einbrachte, daß Canada für Flottenrüstungen Geld aufbringen müßte. Unsere Meinung ist es, daß wir alles verfügbare Geld für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes nötig haben und sollten wir uns keine unnötigen Kosten für Kriegsrüstungen an's den Hals laden. Einmal kommen wir dadurch tiefer in Schulden, dann aber können wir dadurch auch in Kriegshändel hineingezogen werden, die uns teuer zu stehen kommen können.

Herr W. M. Martin, Vertreter des Wahlkreises Regina, erklärte, daß er voll und ganz für eine Politik sei, wodurch die Fertigstellung der G. T. P. Bahnlinie nicht unnötig verzögert würde. Er sagte, die Interessen ganz Canadas und vor allem West-Canadas verlangten, daß die 10 Millionen Dollars Anleihe gewährt werden müsse, damit die Prärieſektion womöglich noch dieses Jahr fertiggestellt werden könne. Die Transportationsfrage sei gegenwärtig die wichtigste im Lande und müsse gelöst werden. Es gebe im Westen viele Farmer, die bis zu 100 Meilen von den Bahnen entfernt wohnten und diese könnten auf die Dauer ohne Bahnen nicht ihr Leben machen. Allerlei Anklagen, die betreffs des Baues der Bahn von den Konservativen gemacht worden seien, sei wahrscheinlich nicht mehr Wert und Glauben beizumessen, als den Behauptungen des Herrn Ames, der den Westen mit seiner Laterne abgeklappert habe, um unwahre Behauptungen über unsere Holzländereien aufzustellen und den Leuten zu sagen, was sie mit diesen Ländereien tun sollten. Die Opposition hätte gesagt, der Bau der Bahn sei allzu eilig beschlossen worden. Im Westen aber sei man gerade der gegenteiligen Ansicht und halte dafür, daß der Bau schon 3 oder 4 Jahre eher hätte beschlossen werden sollen. Er und fast alle Bewohner des Westens seien seinerzeit sehr erstaunt gewesen, zu vernehmen, daß die Konservativen dem Bau einer dritten Ueberlandbahn heftig und fast einmütig opponierten. Redner zitierte dann aus dem öffiziellen Parlamentsbericht und zeigte, wie Dr. Sproule und eine Anzahl anderer prominenter Konservativen sich aufs schärfste gegen das Grand Trunk Pacific Projekt ausgesprochen hätten. Sproule hätte behauptet, das canadische Volk sei gegen den Bau dieser Bahn. Doch die späteren Wahlen hätten ja gezeigt, daß diese Behauptungen völlig falsch gewesen seien. Namentlich der Westen hätte sich im Jahre 1904 und im Jahr 1908 emphatisch für den Bau und die baldige Vollendung der Bahn ausgesprochen. Das wüßten die Gegner auch wohl und darum dürfte auch kein Konservativer vom Westen gegen die Gewährung der Anleihe sprechen. Das Volk würde das Vertrauen zu einem solchen Abgeordneten verlieren und könne er sicher sein, daß er nicht wieder gewählt werden würde.

Was die Verpflichtung, die die Regierung mit der Anleihe eingehe, anbetreffe, so hätte er und die große Mehrzahl der westlichen Abgeordnten genügend Vertrauen in Canada und den Westen, um fest davon überzeugt zu sein, daß die Grand Trunk Pacific Bahn sehr erfolgreich und im Stande sein würde, alles geliehene Geld wieder zurückzuerstatten.

Jedermann müsse zugeben, daß Canada eins der größten Weizenländer der Welt werde. Die Republik Argentinien sei einer der größten Konkurrenten Canadas. Jene südamerikanische Republik sei an 250,000 Quadratmeilen groß und habe gegenwärtig 8000 Meilen Eisenbahnen. Die Weizenländer Albertas und Saskatchewans umfaßten ein Gebiet von 300,000 Quadratmeilen. Die beiden Provinzen aber hätten keine 3000 Meilen Eisenbahnen. Infolge der besseren Transportfazilitäten könne Argentinien seinen Weizen viel billiger auf den Weltmarkt bringen wie West-Canada. Die einzige Hilfe sei, mehr Eisenbahnen in und durch den Westen zu bauen und so Bahnkonkurrenz zu schaffen. Dann würden die Frachtraten von selbst heruntergehen und wir könnten besser gegen unsere Konkurrenten aufkommen.

Es beständen im Westen immer große Schwierigkeiten, Eisenbahnwagen zu bekommen, um ihr Getreide zu versenden. Viele würden so gezwungen, ihren Weizen an die Elevatoren zu verkaufen und erhielten da bedeutend geringere Preise. Dadurch verlieren die Weizen-Produzenten des Westens alljährlich Millionen von Dollars. Der Bau der Grand Trunk Ueberlandbahn und eines Netzes von Zweigbahnen würde ungeheuer viel dazu beitragen, die schlechten Zustände in dieser Richtung zu verbessern.

Dazu käme, daß die Grand Trunk Bahn hunderte von Quadratmeilen Land der Kultur erschließen werde, daß sie durch Distrikte gehe, die reich an Mineralien seien. Er sei für Gewährung der 10 Millionen Dollars Anleihe, so sagte Herr Martin in seiner langen Rede zum Schluß, **weil die Fertigstellung der Bahn dem Westen Eisenbahn-Konkurrenz bringe, weil die Transportations-Fazilitäten vergrößert und damit die Frachtraten erniedrigt würden, weil West-Canada dadurch besser in Stand gesetzt werde, mit anderen Ländern auf dem Welt-Weizenmarkt zu konkurrieren und weil die Bahn viel beitragen würde zur Entwicklung des Landes und zum Nationalwohlstand.**

Einen großen Aufruhr in Parlaments- und Regierungskreisen verursachte der Bericht der Kommission zur Untersuchung der Transaktionen der Central Railway Co. in New Brunswick. Der Bericht besagt, daß der Minister für öffentliche Arbeiten Hon. Pugsley sowie der Leutnant Gouverneur Tweedie von New Brunswick für die Unterschlagung von mindestens 134,000 Dollars verantwortlich zu halten seien.

Der Premierminister sandte infolge des Berichts sofort ein Telegramm an den Minister und verlangte seine umgehende Rückkehr nach Ottawa, um sich von den Anklagen zu reinigen oder seine Resignation als Minister einzureichen. Der Minister erschien denn auch und erklärte, die Anklagen könnten nicht gegen ihn persönlich gemacht werden, höchstens gegen die Regierung von New Brunswick. Er glaube aber, daß auch diese sich völlig reinigen könne. Er selbst habe absolut keine Schwierigkeiten, sich von dem Verdacht zu reinigen und infolgedessen liege auch kein Grund für ihn vor, zu resignieren. Man ist natürlich sehr gespannt, wie die Sache auslaufen wird.

Man erwartet in parlamentarischen Kreisen, daß die gegenwärtige Parlamentssitzung bis Mitte Mai zu Ende gehen wird.

— Der erste Dampfer der neuen deutschen Canada Linie, der „Prinz Oskar", kam am 6. April von Hamburg und Bremen via Rotterdam in St. John, N. B., mit über 100 Passagieren an, von denen die meisten sich wohl im Westen niederlassen werden. Es wird regelmäßig alle zwei Wochen ein Dampfer dieser Linie nach canadischen Häfen fahren und werden diese Dampfer später in Montreal anlegen. Man hofft in deutschen Rhedderkreisen auf den baldigen Abschluß eines deutsch-canadischen Handelsvertrages und infolgedessen auf einen lebhaften Passagier- und Frachtverkehr zwischen Deutschland und Canada.

— Der neue französisch-canadische Handelsvertrag ist jetzt vom französischen Senat angenommen und damit zur Tatsache geworden.

— In New Foundland werden am 8. Mai die allgemeinen Wahlen abgehalten werden, weil, da die beiden Parteien gleich viel Vertreter in der letzten Wahl im Sommer durchbrachten, die Versuche fehlgeschlagen sind, ein Koalitionsministerium zu bilden.

Provinziales.

Universität kommt nach Saskatoon.

Am letzten Mittwoch wurde die für die Provinz so wichtige Frage entschieden, welche Stadt die Provinzial-Universität erhält. Regina, Saskatoon, Moose Jaw, Prince Albert, ja sogar Fort Qu'Appelle und andere kleine Ortschaften bemühten sich seit langen Monaten aufs eifrigste, dies erste und höchste Erziehungs-Institut zu erhalten.

Nachdem die Mitglieder des Universitäts-Boards die Ansprüche machenden Städte der Provinz besucht und sich von den Behörden und Bürgern derselben die Vorzüge hatten zeigen lassen, kamen sie letzte Woche in Regina zusammen, um ihre Entscheidung zu treffen. Diese fiel nach langer Diskussion zu Gunsten der Stadt Saskatoon aus. Manchen kam diese Entscheidung als eine völlige Ueberraschung, da sie glaubten, Regina — die Hauptstadt — müßte natürlich auch die Provinzial-Universität bekommen. Andere hingegen meinten: Nun, die Frage war doch schon im Sommer entschieden, als Hon. McNab in Saskatoon auf das Versprechen hin gewählt wurde, daß Saskatoon zur Universitätsstadt erkoren werden würde, wenn sie einen Liberalen wählen würde. Diese Behauptung ist natürlich von McNab dementiert, aber viele sagten, das Versprechen sei trotzdem gemacht worden. Es mag ja sein, daß von Politikern solche Versprechungen gemacht wurden. Derartiges geschieht natürlich in einer Wahlkampagne hierzulande und möchten wir darauf wetten, daß wohl in allen größeren Städten diese Frage politisch im letzten Wahlfeldzug ausgenutzt wurde. Es kommt natürlich darauf an, wer die Versprechung macht und ist es für uns selbstverständlich, daß sie nicht von McNab ausgingen.

Doch lassen wir das Politische bei Seite. Die verantwortlichen Herren haben durch geheime Abstimmung entschieden. Der Würfel ist gefallen. Saskatoon ist die Erwählte und wir beglückwünschen ihr zu ihrem Erfolg.

Wir können allerdings nicht verhehlen, daß auch wir enttäuscht waren über das Resultat. Wir sind nie der Ansicht gewesen, daß Regina in jeder Hinsicht bevorzugt werden müsse, wir sind auch keine Stadt-, sondern eine Provinzial-Zeitung und beurteilen Fragen wie diese vom provinzialen Standpunkt. Trotzdem hatten wir erwartet, die Entscheidung würde zu Gunsten der Hauptstadt ausfallen. Wir dachten dabei nicht so sehr, daß das für Regina sehr gut sein würde, sondern wir dachten mehr, daß es das beste sei für die Universität selbst. Die Hauptstadt ist bis jetzt doch entschieden die wichtigste Stadt und die intellektuelle Centrale der Provinz. Doch die Weisheit der verantwortlichen Herrschaften hat anders entschieden und sie müssen wohl ihre guten Gründe gehabt haben. Damit sind wir und sollten alle zufrieden sein.

Mit der Errichtung des großen Universitätsgebäudes wird erst im Jahre 1910 begonnen werden. Bis dahin müssen die Vorlesungen in anderen Gebäulichkeiten abgehalten werden. Die Abteilung für schöne Künste und Wissenschaften wird bereits im Herbst dieses Jahres eröffnet werden, im nächsten Jahre dann das Landwirtschaftliche College.

Der jetzige Landwirtschaftl. Hilfsminister Prof. Rutherford ist zum Dekan des Landwirtschaftlichen College ernannt worden und Herr John T. Bracken, Superintendent für Farms und Institutes des Landwirtschaftlichen Departements, zu einem der landwirtschaftlichen Professoren.

Kein Graft.

Die Entscheidung der Richter-Kommission betreffs der Haultain'schen Anklagen in Verbindung mit dem Morang Schulbücher-Kontrakt ist gefallen. Sie läuft darauf hinaus, daß „keinerlei Graft in dem ganzen Handel vorliegt".

Bekanntlich hatte Haultain in der letzten Wahlkampagne Andeutungen über Graft und unerlaubten Profit gemacht in Verbindung mit dem Kontrakt zur Lieferung freier Schulbücher an die Schulen der Provinz. Dieser Kontrakt war von dem Unterrichtsminister Hon. J. A. Calder eingegangen und wenn wirklich Graft vorgelegen hätte, so wäre er der Schuldige gewesen. Man darf auch wohl behaupten, daß diese Andeutungen und Beschuldigungen bewirkten, daß im Wahlkreis Milestone der Provinzrechtler Whitmore, der Gegenkandidat Calders, gewählt wurde.

Während der letzten Legislatursitzung wurde Herr Haultain aufgefordert, die Beschuldigungen zurückzunehmen. Haultain erklärte, er hätte Calder nicht des Grafts beschuldigt, sondern nur gesagt, der Kontrakt sei ungehörig und schändlich. Das halte er aufrecht. Es wurde dann eine Kommission, bestehend aus den Herren Oberrichter Betmore und Richter Newlands ernannt, um die Sache zu untersuchen.

Ihre Entscheidung ist, wie oben gesagt, daß kein Graft vorliegt, daß der Kontrakt nicht ungehörig und schändlich ist und daß die Profite der Morang Co. nicht übermäßig hohe sind.

Damit ist die Sache vorläufig erledigt.

Bruder-Mord bei Milestone?

Nachdem wir letzte Woche über einen wahrscheinlichen Mordfall in Moose Jaw berichteten, müssen wir jetzt dasselbe von Milestone tun.

In dem Long Creek Distrikt wohnte ein gewisser Charles J. Morris, ein aus Missouri eingewanderter Heimstätter. Er wohnte in einer Hütte, die man hierzulande „Shack" nennt. Diese Hütte brannte am Montag Abend ab und man fand den zum Teil schrecklich verbrannten Körper von C. J. Morris in der Asche.

Man glaubte zuerst, daß Morris Feuer angemacht und sich dann zum Schlafen niedergelegt habe, daß dann infolge überhitzter Ofenröhren Feuer entstanden und Morris erstickt und verbrannt sei.

Der Coroner hielt zuerst eine Untersuchung für unnötig oder unnütig. Später aber erschien die Sache doch etwas verdächtig und wurde eine Untersuchung abgehalten. Die Jury kam zu dem Beschluß, daß Morris ermordet worden und dann die Hütte in Brand gesetzt sei, um das Verbrechen zu verdecken.

Der Bruder des Toten, Ernest Morris, wollte, wie es schien, am folgenden Tage südwärts fortmachen und hatte seine Koffer bereits unterwegs nach der Eisenbahnstation. Er verwickelte sich bei dem Verhör in viele Widersprüche und machte sich durch sein nervöses Benehmen verdächtig. Es kam auch zu Tage, daß er einen eigenartigen Pferdehandel abgeschlossen, indem er ein Gespann Pferde, das seinem toten Bruder gehörte, verkauft und das Geld für sich behalten hatte.

Der Schädel des Toten war zertrümmert und der Arzt, der die „post mortem"-Untersuchung hielt, erklärte, daß der Schädel wahrscheinlich mit einem stumpfen Instrument eingeschlagen sei. Im Pferdestall fand man eine Strychninflasche und wird vermutet, daß dem Toten vielleicht auch Gift verabreicht worden ist. Infolgedessen ist eine Untersuchung des Mageninhalts durch den Analytiker der Provinz, Dr. Charlton, angeordnet worden.

Da die Verdachtsmomente stark auf den Bruder des Ermordeten deuten, wurde er unter Bedeckung der Nordwest-Polizei nach Regina gebracht und wird hier vorläufig in Haft gehalten werden.

Ganz Milestone und Umgegend ist erregt über das fürchterliche Verbrechen, dessen Umstände auf einen scheußlichen Brudermord schließen lassen. Hoffentlich gelingt es der Justiz, die Sache aufzuklären und — wenn wirklich ein Mord geschehen — den oder die Schuldigen der verdienten Strafe zu übergeben.

Noch immer in Dunkel gehüllt.

Der Moose Jawer Vergiftungsfall, über den wir letzte Woche schrieben, ist noch immer in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Man weiß noch immer nicht, ob Mord, Selbstmord oder ein tragischer Unglücksfall vorliegt. Auch hat man noch nicht ausfindig können, welche Person der Vergifteten die telephonische Botschaft übermittelte, daß „die Medizin geschickt sei und sie hoffe, diese Medizin würde helfen". Die Moose Jawer Polizei steht vor einem Rätsel und hat sich an das Departement des Generalanwalts der Provinz mit der Bitte gewandt, Detektivbeamte zu senden, um das Dunkel, wenn möglich, aufzuklären.

Zwei wahrscheinliche Morde in einer Woche im Umkreis von 40 Meilen von Regina! Wir setzen das Vertrauen in unseren Behörden, daß sie die Schuldigen ermitteln wird. Sollte das nicht geschehen und die Untersuchung im Sande verlaufen, so würden unsere Behörden damit eine Unfähigkeit beweisen, die außerordentlich gefährlich wäre.

Fürst Bülow über die deutsche auswärtige Politik.

Wie bereits gemeldet, hat der deutsche Reichskanzler Fürst von Bülow im Reichstag eine Rede über die deutsche auswärtige Politik gehalten. Zuerst behandelte der Reichskanzler, an den Besuch des englischen Königspaars in Berlin anknüpfend, das Verhältnis des Deutschen Reichs zu Großbritannien, sowie die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich, mit besonderer Berücksichtigung des Marokko-Abkommens. Dann zu seinem Hauptthema, der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn mit ihren Folgeerscheinungen, übergehend, fuhr Fürst Bülow, häufig durch Beifallskundgebungen unterbrochen, in seiner Rede fort:

„Ich nähere mich nun, meine Herren, dem nahen Orient. Es ist, wie Sie wissen, ein Gerede aufgebracht worden, als wäre ich Anfangs unsicher gewesen wegen der Stellung, die wir einzunehmen hatten zu der Annexion von Bosnien und der Herzegowina. Es ist sogar der Versuch gemacht worden, mich durch die Presse unseren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen als schwankend, bedenklich und vertrauensunwürdig zu denunzieren. Da es sich hier um den Versuch der Aufpflanzung einer Legende handelt, die unsere intimsten Bundesbeziehungen berührt, so meine ich, daß diese Legende gar nicht frühzeitig genug zerstört werden kann. Ich werde Ihnen deshalb einige Mitteilungen aus den Akten machen, aus denen Sie ersehen werden, daß ich von Anfang an meine Stellung zu dem Vorgehen der österreichisch-ungarischen Monarchie mit aller Entschiedenheit genommen und präzisiert habe. Die österreichisch-ungarische Zirkularnote wegen der Annexion und der damit zusammenhängenden Fragen ist uns am 7. Oktober übergeben worden. Am Tage vorher war auf meine Weisung der Kaiserliche Botschafter in Wien dahin instruiert worden, daß ich letzte besonderen Wert darauf, daß man in Wien hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Es sei dies für uns ein Erfordernis selbstverständlicher Loyalität, es entspreche dem Bündnis mit Oesterreich-Ungarn, dem Europa zum guten Teil einen dreißigjährigen Frieden verdanke. Die gleiche Sprache ließ ich an anderen diplomatischen Stellen führen. Nach London z. B. gab ich am 7. Oktober Weisung, zu betonen, daß wir einerseits für die ungarische Reformbewegung aufrichtige Sympathie hätten, daß wir anderseits unseren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen in seiner schwierigen Lage nicht im Stich lassen würden. Am 13. Oktober teilte ich nach London mit, daß Oesterreich-Ungarn eine Diskussion über die bosnische Frage auf einer Konferenz nicht zulassen könne, und daß wir unseren Verbündeten in dieser Auffassung zur Seite ständen. Am selben Tage ließ ich eine Instruktion nach Wien geben, aus der ich Ihnen abschließend noch einen Passus mitteilen möchte — ich hatte gestern Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit dem Kaiser und König und bin in der Lage, zu sagen, daß der Monarch vollkommen den Standpunkt billigt und teilt, den ich vom ersten Tage an eingenommen, die Auffassung nämlich, daß für uns weder Veranlassung vorliegt, noch auch Neigung bei uns besteht, das Vorgehen unseres Verbündeten einer Kritik zu unterziehen, wohl aber der feste Wille, in Erfüllung unserer Bündnispflichten an seiner Seite zu stehen und zu bleiben. Auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen sollten, wird unser Verbündeter auf uns rechnen können. Der Kaiser und König, dessen verehrungsvolle Freundschaft für den ehrwürdigen Kaiser und König Franz Joseph bekannt ist, steht in unerschütterlicher Treue zu seinem erhabenen Verbündeten." Das also, meine Herren, war mein Standpunkt und waren meine Instruktionen von den ersten Tagen an. Danach können Sie ermessen, was es damit auf sich hat, wenn man mich als unsicheren Kantonisten hat verdächtigen wollen.

Ebenso wie gegen die grundlose Behauptung, ich hätte unseren österreichisch-ungarischen Verbündeten anfangs nur zögernd und lau unterstützt, muß ich mich nun auch gegen den entgegengesetzten Vorwurf wenden, daß wir uns mit überflüssigem Eifer an der Seite von Oesterreich-Ungarn gehalten hätten. Es wird darüber geklagt, daß wir durch diese unsere Haltung uns unnötigerweise in Gefahr begeben hätten. Es wird uns vorgeworfen, daß wir uns für Interessen eingesetzt hätten, die nicht unsere eigenen Interessen wären. Diese Vorwürfe treten auf mit dem Anschein eines gesunden politischen Egoismus, und sie werden vorgetragen unter Berufung auf die Autorität des Fürsten Bismarck. Es wird als bismarckisch die Ansicht vertreten, daß wir jede Steigung in der Orientkrisis hätten vermeiden müssen. Meine Herren, ich behaupte, daß eine solche Politik vom Fürsten Bismarck ohne Bedenken verworfen worden wäre. Nicht bei Orientkrisen überhaupt Stellung zu nehmen, hat Fürst Bismarck widerraten, sondern vorzeitig Stellung zu nehmen, oder die Führung zu übernehmen. Meine Herren, ich will Sie an ein Wort des Fürsten Bismarck erinnern, der damals eine allgemeine, mahnende Betrachtung war und heute eine schlagende Rechtfertigung ist. In seiner unitarischen Februar-Rede von 1888 sagte er (ich habe mir die Worte ausgeschrieben): „Ein Staat wie Oesterreich-Ungarn wird dadurch, daß man ihn im Stich läßt, entfremdet und wird geneigt werden, dem die Hand zu bieten, der seinerseits der Gegner eines unzuverlässigen Freundes gewesen ist." Hier, meine Herren, nicht in der Aussicht auf einen handelnden territorialen oder wirtschaftlichen Gewinn liegt unser eigenes Interesse in der gegenwärtigen Situation. (Sehr wahr!) Glauben Sie wirklich, meine Herren, daß wir irgend einen neuen Freund gewonnen, irgend einen Ersatz für ein durch 30 Jahre bewährtes Bündnis gefunden hätten, wenn wir die Probe auf unsere Treue nicht bestanden hätten, allein aus Furcht, den Anschluß an andere Mächte nicht zu finden? (Lebhafte Zustimmung.) Wir würden wahrscheinlich sehr bald — und dann ohne Oesterreich-Ungarn — derselben Mächtegruppierung gegenüberstehen, der Oesterreich-Ungarn hätte weichen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß sind wir stark genug, um im Notfalle auch allein zu stehen. (Vielfaches Bravo!) Das ist aber kein Grund, einen loyalen Genossen, der in der europäischen Staatengesellschaft ein außerordentlich wichtiger Faktor ist, in einer schwierigen Lage allein zu lassen und auf andere Freundschaften anzuweisen. (Sehr richtig!) Die Politik des Finassierens ist keineswegs immer eine kluge Politik, und sie ist jedenfalls verfehlt gegenüber dem Freunde, der Klarheit und Offenheit erwartet. Klar und offen uns an die Seite von Oesterreich-Ungarn zu stellen, entsprach auch deshalb unserem Interesse, weil wir durch eine andere Haltung zu gefährlichen Versuchen ermuntert hätten, der Großmachtstellung von Oesterreich-Ungarn eine Schädigung zuzufügen. Eine diplomatische Niederlage unseres Verbündeten aber müßte notwendig auch einen Rückschlag auf unsere eigene Stellung in Europa ausüben. Sie würde das Schwergewicht verringern, das die beiden verbündeten Reiche gemeinsam repräsentieren, und das bei vielen internationalen Fragen gemeinsam in die Wagschale geworfen wird. Ich habe irgendwo ein böhmisches Wort gelesen über Deutschlands Bundesgenossenschaft gegenüber Oesterreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig. (Heiterkeit.) Es giebt hier keinen Streit um den Vortritt, wie zwischen den Königinnen im Nibelungenliede. Die Nibelungentreue, meine Herren, die wollen wir aus unserem Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn nicht ausschalten. (Lebhaftes Bravo!), die weisen wir gegenseitig wahren. (Erneutes Bravo!) Damit aber ängstlichen Gemütern nicht Bilder der blutigen Kämpfes entwerfen, lassen Sie mich gleich hinzufügen, daß ich gerade in unserem festen Zusammenstehen mit Oesterreich-Ungarn eine eminente Friedenssicherung erblicke. (Lebhafte Zustimmung.) Die Publizierung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses hat seinerzeit auf kriegslustige Elemente beruhigend eingewirkt. Die Konstellierung, daß dieses Bündnis auch heute an seiner Kraft noch nichts verloren hat, kann nur in derselben Richtung nützlich sein. (Sehr richtig!) Den Kritikern, die bei dem Buchstaben des Bündnisses einsetzen wollen, um uns eine falsche Politik nachzuweisen, möchte ich nur sagen, daß hier der Buchstabe tötet.

Nun weiß ich wohl, meine Herren, daß wir Deutschen der Ueberzeugung bedürfen, auf seiten einer gerechten Sache zu stehen. Wir haben dieser Ueberzeugung oft genug Opfer gebracht. Es liegt auch im deutschen Charakter, eine Sache gern deshalb für die gerechte zu halten, weil sie die schwächere ist. Diesmal brauchen wir keine Skrupel zu haben, und sie sind auch, wie ich glaube, nirgends bei uns hervorgetreten. Es unterliegt für mich nicht dem geringsten Zweifel, daß Oesterreich-Ungarn in seinem Konflikt mit Serbien das Recht durchaus auf seiner Seite hat. (Bravo! und Sehr richtig!) Die Annexion der beiden Provinzen ist kein gewaltsamer Landraub, sondern der letzte Schritt auf der Bahn einer seit 30 Jahren unter der Anerkennung der Mächte betätigten politischen und kulturellen Arbeit. Die Besetzung erfolgte seinerzeit, weil der urkundliche Besitzer die im Aufstande befindlichen Provinzen nicht zu beruhigen vermochte, und Oesterreich-Ungarn den Aufruhr großer Landstrecken dicht an seiner Grenze unmöglich auf die Dauer dulden konnte. Was die österreichisch-ungarische Verwaltung für die beiden Provinzen getan hat, ist als glänzende Kulturleistung von allen kompetenten Beurteilern anerkannt worden. (Sehr richtig!) Oesterreich-Ungarn hat also sein Recht auf die beiden Provinzen in steiliger Arbeit erworben. Der Vertrag gegen das formale Recht bei der Annexion ist durch die Verhandlungen mit der Türkei ausgeglichen worden. Es ist bei diesen Verhandlungen in staatsmännischer Weisheit den Interessen beider Seiten gedient worden, und ich glaube, daß beide Seiten Ursache haben, sich zu dem gelungenen Abschluß Glück zu wünschen.

Wien, 13. April. — Die von englischen Blättern verbreitete Meldung, daß Oesterreich-Ungarn ein Flotten-Programm angenommen habe, welches den unverzüglichen Bau von drei Schlachtschiffen der „Dreadnought"-Klasse vorsehe, hat zu einer Kundgebung von hiesiger maßgebender Seite geführt. Es wird erklärt, daß die einschlägige Nachricht der Richtigstellung bedürfe. Wie längst abgemacht worden und auch allgemein bekannt sein sollte, werde im kommenden Herbst mit dem Bau von vier 20,000 Tonnen-Kriegsschiffen begonnen werden, nachdem die erforderliche Bewilligung genehmigt worden sei. Die Bauten würden im Jahre 1912 fertig gestellt sein.

Die Kundgebung besagt sich nicht mit den der britischen Meldung angehängten Bemerkungen. Diese besagten, die Verstärkung der österreichisch-ungarischen Flotte werde in maßgebenden politischen Kreisen Berlins als außerordentlich wichtig angesehen; das deutsch-österreichische Bündnis sei jetzt so fest gefügt, daß für die österreichischen Dreadnoughts für alle praktischen Zwecke eine Vermehrung der deutschen Flotte aufgewogen würde.